An Str-Verteiler mail
K: Schü
PeSo
Bitte Brief an Absteil beifügen?
v
Verb. per Mail ✓
+ Original
18. DEZ. '18 Leo

NÜRNBERG

Stadt Nürnberg · Rathaus · 90403 Nürnberg
001

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Elke Leo
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

**Stadt Nürnberg**

**Der Oberbürgermeister**

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Tel.: (0)9 11 / 2 31-50 90
Fax: (0)9 11 / 2 31-36 78
obm@stadt.nuernberg.de
www.nuernberg.de

10. Dez. 2018

**Seebrücke – sicherer Hafen auch in Nürnberg**
Ihr Schreiben v. 20. November 2018, unser Zeichen: 10.23.10-2/2675

Sehr geehrte Frau Leo, Liebe Elke,

für Ihr o.g. Schreiben bedanke ich mich. Ich stimme Ihnen zu, dass die Seenotrettung zu den essentiellen humanitären Pflichten gehört. Dies gebieten auch das Völker- und Seerecht sowie die einschlägige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Eine Entkriminalisierung von privaten Seenotrettern unterstütze ich, auch wenn von so manchem Schleuser die Seenotrettung als Teil des Schleusersystems angesehen wird. Das macht den einzelnen humanitären Akt aber nicht weniger wertvoll. Solange es keine europäische Lösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten gibt, muss die Seenotrettung im Mittelmeer ermöglicht werden. Deshalb begrüße ich auch die Bereitschaft von Hafenstädten, die Schiffe einlaufen zu lassen und die deutscher Kommunen, die Geretteten aufzunehmen.

Der Nürnberger Stadtrat hat bereits im Jahr 2010 dem Beitritt der Stadt zur „save me-Kampagne" zugestimmt und sich damit zum internationalen Flüchtlingsschutz als einer menschenrechtlichen Daueraufgabe bekannt. Seither hat Nürnberg bereits mehrmals besonders schutzbedürftige Flüchtlinge im Rahmen von Resettlementbeschlüssen der IMK aufgenommen.

2023 NÜRNBERG KULTUR HAUPTSTADT EUROPAS WIR BEWERBEN UNS

Gleichwohl muss endlich eine europäische Lösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten auf den Weg gebracht werden. Vor allem brauchen wir ein gerechtes Verteilsystem innerhalb Europas. Das eigentliche Ziel muss sein, dass niemand mehr in solche Boote steigt.

Sollte sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer europäischen Solidarität dazu entscheiden, bestimmte Kontingente von Seenotgeretteten ohne Rücksicht auf die Dublin-Regelungen aufzunehmen, wird sich die Stadt Nürnberg im Rahmen ihrer humanitären Verantwortung daran beteiligen. Dies habe ich bereits am 11.09.2018 in einem Brief an die Bundeskanzlerin angekündigt.

Ich gehe davon aus, dass wir damit Ihrem Anliegen Rechnung getragen haben und eine Behandlung im Ausschuss nicht mehr erforderlich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrich Maly